

**Resolution der Stadt (...):
Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform**

1. Der Rat der Stadt (...) fordert die Bundestagsabgeordneten aus der Stadt, den Ministerpräsidenten (...) und die Abgeordneten des Landes (...) und die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.
2. Der Rat der Stadt (...) fordert die mit dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 vorgenommene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage mit einem Volumen von rund 2,3 Mrd. Euro umgehend zurückzunehmen.
3. Der Rat der Stadt (...) fordert angesichts des dramatischen Einbruchs der Gewerbesteuer in unserer Stadt um (...)% in den letzten 3 Jahren, den Gemeinden endlich eine verlässlichere und konjunkturunabhängigere Finanzierung zu geben. Neben einer modernen Kommunalsteuer im Sinne eines eigenen Hebesatzrechtes auf die Ertragsteuern als einen für den Bürger belastungsneutralen Ersatz für den bisherigen Anteil der Gemeinden an den Ertragsteuern, benötigen unsere Städte einen deutlich erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer.
4. Der Rat der Stadt (...) fordert, dass die durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entstehenden Entlastungen in vollem Umfang den Gemeinden zugute kommen müssen.
5. Der Rat der Stadt (...) fordert die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Politik zu Lasten der Kommunen darf es zukünftig nicht mehr geben.

Ort, Datum.2003